

Ernährungswirtschaft vorangetrieben. In den Kreisen und Gemeinden wurden bei den Parteikomitees angesiedelte Lenkungs Ausschüsse gebildet, die sowohl untereinander als auch mit den in vielen Dörfern gebildeten ehrenamtlichen Dorfverwaltungsräten zusammenarbeiten, Projekte entwickeln und deren Finanzierung einschließlich der Eigenanteile der Dörfer und Bauernfamilien aushandeln.

Die Kreis- und Gemeindeverwaltungen werden innerhalb der bis dahin strikt hierarchischen Strukturen gestärkt. Die übergeordneten Stadt- und Bezirksregierungen haben noch Aufsichts- und Evaluationsfunktionen. Mit der größeren Handlungsfreiheit der Ortsregierungen zeichnen sich flexible Verwaltungsstrukturen eines modernen Industriestaates ab. Die Partei behält dabei über ihre Disziplinar- und Evaluationsstrukturen selbstverständlich die Kontrolle. Sie gewinnt an Legitimität, wenn ihre örtlichen Repräsentanten weniger als „extractors“ denn als „developers“ wahrgenommen werden.

In der kompakten Darstellung der Verwaltungsreformen durch Ahlers kommen die Veränderungen in Gesellschaft und Wirtschaft etwas zu kurz bzw. werden in das Kleingedruckte der Anmerkungen verdrängt. Man möchte aber durchaus an Fallbeispielen erfahren, wie z. B. Landkonflikte gelöst werden oder wie Lokalregierungen mit den von ihnen geförderten und gelenkten „Drachenkopf-Unternehmen“ umgehen, die Ahlers erwähnt, ohne auf ihre große wirtschaftliche Bedeutung einzugehen. Die Lektüre macht neugierig auf die geänderte Welt jenseits der Amtsstuben.

Jochen Noth

Xuwu Gu: Die große Mauer in den Köpfen. China, der Westen und die Suche nach Verständigung

Hamburg: edition Körper-Stiftung, 2014.
214 S., 17,00 EUR

In den letzten Jahrzehnten ist die Volksrepublik China rasant zu einer internationalen Wirtschaftsmacht aufgestiegen. Westliche Beobachter betrachten diese Entwicklung skeptisch bis ängstlich, was sich unter anderem in negativer Chinaberichterstattung der hiesigen Medien niederschlägt. Dabei stellt Chinas Aufstieg als Ausdehnung des im Westen entstandenen kapitalistischen Wirtschaftssystems mitnichten eine Bedrohung für den Westen dar, sondern ist für ihn höchst profitabel. Als Folge der Globalisierung sind China und der Westen inzwischen wirtschaftlich so eng miteinander verflochten, dass ihre Zusammenarbeit für beide Seiten nicht nur nützlich, sondern sogar unerlässlich ist. Sowohl die Wahrnehmung wirtschaftlicher Wachstumschancen als auch die Bekämpfung ihrer negativen sozio-ökonomischen Begleiterscheinungen setzt die Kooperation beider Seiten voraus. Um Ziele wie das Management des internationalen Kapitalflusses oder die Eindämmung der Erderwärmung erfolgreich anzugehen, bedarf es eines gut koordinierten, gemeinsamen Vorgehens.

Bedingung einer fruchtbaren Zusammenarbeit ist es, dass sich beide Seiten auf gleicher Augenhöhe begegnen, wovon sie derzeit jedoch weit entfernt sind. So fühlt sich der Westen, im Einklang mit seiner christlich-missionarischen Vergangenheit, moralisch überlegen und nimmt traditionell anderen Teilen der Welt gegenüber eine belehrende Haltung ein. Dagegen hat sich das moderne China in der Vergangenheit sehr offen für westliche Einflüsse gezeigt. So hat es sich erst durch seine Interaktion mit dem Westen zu einem kommunistischen, kapitalistischen und nationalistischen Staat gewandelt. Durch seine wirtschaftlichen Erfolge mit neuem Selbstbewusstsein ausgestattet und zugleich enttäuscht von der ausbleibenden Anerken-

nung des Westens, sieht sich China inzwischen jedoch als nicht länger auf das Wohlwollen des herablassend empfundenen Westens angewiesen.

Den grundsätzlichen Konflikt zwischen China und der westlichen Wertegemeinschaft verortet Gu in einem tiefgreifenden Unterschied moralischer Wertvorstellungen. Während im konfuzianistisch geprägten China traditionell das Primat des Kollektivs gilt, heben liberale westliche Denktraditionen auf die Bedeutung universell gültiger individueller Menschenrechte ab. Aus diesen diametral entgegengesetzten Denktraditionen resultiert die Entstehung einer „Konsenskultur“ mit dem Ideal autoritär geprägter gesellschaftlicher Hierarchien in China einerseits sowie einer „Streitkultur“ mit dem Ideal größtmöglicher Gleichheit in den westlichen Demokratien andererseits. Die fundamentalen Unterschiede dieser Weltanschauungen verhindern bislang einen echten Dialog zwischen China und dem Westen. Stattdessen ist die Überzeugung von der eigenen kulturellen Überlegenheit heute auf beiden Seiten weit verbreitet: Der Westen erhebt den idealistischen Anspruch auf universelle Gültigkeit seiner geistesgeschichtlich in Europa verwurzelten moralischen Wertvorstellungen und übt dementsprechende Kritik an Chinas derzeitigem politischen System. Demgegenüber sieht die Mehrheit der überwiegend pragmatisch denkenden chinesischen Bevölkerung die kommunistische Regierung durch deren wirtschaftliche Performanz legitimiert. Einer Demokratisierung des Landes steht sie wegen ihrer unklaren Folgen für soziale Stabilität und Wirtschaftswachstum hingegen eher skeptisch gegenüber.

Um diese scheinbar unüberwindlichen Differenzen zu bezwingen, plädiert Gu für eine Ausweitung der wirtschaftlichen und politischen Dialoge zwischen China und dem Westen auf die Ebenen von Philosophie, Religion und Gesellschaft. Dabei geht es letztlich um den Versuch, eine „richtige Mitte“ zwischen dem Primat des Individu-

ums und dem des Kollektivs zu finden, bei der beide Seiten ihren prinzipiellen Standpunkten treu bleiben könnten. Von einer derartigen Annäherung würden alle Beteiligten profitieren: Insbesondere würde echte interkulturelle Kommunikation und Kooperation möglich werden. Daneben würde mehr individuelle Rechtssicherheit dem chinesischen Staat auch wirtschaftlich nutzen, während eine größere Orientierung ihrer Bürger am Gemeinwohl den gesellschaftlichen Zusammenhalt westlicher Wohlfahrtsstaaten stärken könnte. Damit wird Gus Suche nach Möglichkeiten echter interkultureller Verständigung letztlich zu einer Werbung um Akzeptanz und Annäherung an das jeweils andere politische System.

Gu untersucht eine Reihe von Denktraditionen beider Seiten darauf, ob sie für dieses Unterfangen fruchtbar gemacht werden können. Letztlich empfiehlt er einen echten Kosmopolitismus in Verknüpfung mit Respekt für kulturelle Differenzen. Demzufolge sollen Staaten ihre gegenseitige Souveränität durch Nichteinmischung in innere Angelegenheiten anderer Nationen anerkennen, sich zugleich aber zum Schutz universell gültiger Menschenrechte bekennen. Angesichts verhärteter Fronten auf beiden Seiten gibt Gu allerdings einen eher pessimistischen Ausblick auf die Realisierbarkeit dieses Vorschlages.

Die einzelnen Kapitel des Buches widmen sich unterschiedlichen Fragestellungen im oben dargestellten Kontext. Diese versuchen sie durch eine Aneinanderreihung unterschiedlicher soziologischer und politikwissenschaftlicher Theorien zu beantworten, die nacheinander ausgeführt, stark gemacht und dann wieder völlig verworfen werden. Durch diesen Aufbau liefert das Buch eine Vielzahl unterschiedlicher Perspektiven und eignet sich somit gut als Einführung in die Thematik. Allerdings werden dabei immer wieder Spannungsbögen aufgebaut, deren Auflösungen den zuvor geweckten Erwartungen nicht immer genügen können.

Katja Yang